



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort

Nr. 136 / 2012

Kiel, Donnerstag, 22. März 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kommunalverfassungsreform

Günther Hildebrand: Mehr Freiheit und Eigenverantwortung vor Ort

In seiner Rede zu **Top 11** (Kommunalverfassungsreform) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Der Gesetzentwurf der Landesregierung und die von CDU und FDP vorgenommenen Änderungen beseitigen endlich die vom Landesverfassungsgericht 2010 als verfassungswidrig eingestufte Rechtslage zur Übertragung von Selbstverwaltungsaufgaben auf die Ämter.“ Gegenteilige Aussagen der Opposition würden nur belegen, dass diese die juristischen Stellungnahmen nicht in Gänze gelesen habe, so Hildebrand.

„Neben der Umsetzung der Vorgaben des Landesverfassungsgerichts sowie der Anpassung der Vorschriften des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes an das Landeswahlgesetz haben wir die Gemeindeordnung von überflüssigen oder nicht mehr zeitgemäßen Vorschriften befreit. Insgesamt stärken wir die kommunale Eigenverantwortung und die Freiheit vor Ort“, so Hildebrand weiter.

In diesem Sinne werden die Sitzungen von Gemeindevertretungen, Ausschüssen und Ortsbeiräten künftig grundsätzlich öffentlich sein. Des Weiteren wird das Höchstwahlalter von Wahlbeamten, wie etwa Bürgermeistern, auf 62 Jahre angehoben. Außerdem können Gemeinden zwischen 4.000 und 8.000 Einwohnern in Zukunft einen hauptamtlichen Bürgermeister auch ohne eigene Verwaltung bekommen.

„Für die Opposition ist eine Chance immer dann vertan, wenn das Ergebnis nicht den eigenen Vorstellungen entspricht. Ich bin hingegen davon überzeugt, dass wir die Chance, das Kommunalverfassungsrecht zu reformieren, gut genutzt haben. Wir geben den Verantwortlichen vor Ort die Freiheit, die ihnen die kommunalpolitische Arbeit erleichtert“, so Hildebrand abschließend.